

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2015

Marion Schulte: Über die bürgerlichen Verhältnisse der Juden in Preußen. Ziele und Motive der Reformzeit (1787 – 1812).

Berlin: De Gruyter, 2014 (= Europäisch-jüdische Studien. Beiträge, Band 11), XII u. 577 S., 11 s/w. Abb., ISBN: 978-3-11-030562-3

Das „Edikt betreffend die bürgerlichen Verhältnisse der Juden im Preußischen Staate“ vom 11. März 1812 gilt als Markstein in der Geschichte der rechtlichen Gleichstellung der jüdischen Einwohner Preußens. Und als solcher gilt es zu Recht. Dennoch sind die genauen Umstände, die zu ihm geführt haben und auch die Resonanz, die es zu seiner Zeit hatte, lange Zeit von der Historiographie nur ganz unzulänglich beachtet worden. Das hat sich inzwischen geändert. Es liegen mittlerweile mehrere Studien vor, die das Edikt in den zeitgeschichtlichen Kontext einbetten (siehe insbesondere den von Irene Diekmann herausgegebenen Band „Das Emanzipationsedikt von 1812 in Preußen“, Berlin / Boston 2013). Auch hat sich die Forschung in erfreulicher Weise einem der wichtigsten Protagonisten des Textes, David Friedländer, neuerdings intensiv gewidmet. Vor diesem Hintergrund ist nun auch Marion Schultes Studie von erheblichem Gewicht, indem sie die Kenntnis über „Ziele und Motive der Reformzeit“ erheblich erweitert, also über denjenigen Zeitraum, in dem in unterschiedlichster Weise die dann später erfolgte Rechtssetzung vorbereitet worden ist.

Im Mittelpunkt stehen die Auseinandersetzungen zwischen den jeweiligen Sprechern der jüdischen Gemeinschaften und den Vertretern der preußischen Verwaltung. Von besonderer Bedeutung ist dabei der von der Autorin akribisch herausgearbeitete Vorstellungskomplex, der unter den beteiligten preußischen Beamten von ihrem Gegenüber bestand. Von den hier herrschenden „Judenbildern“ aus fällt neues Licht auf die Frage, innerhalb welcher Grenzen im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert überhaupt von „Toleranz“ gesprochen werden konnte. Immer wieder ist gegen das Edikt eingewendet worden, es habe eine vollständige Gleichstellung eben doch nicht gebracht. Doch dieser Einwand geht insofern fehl, als er den historischen Kontext nicht hinlänglich in Rechnung stellt.

Das Jahr 1787 bildet den Ausgangspunkt einer überaus komplexen Debatte. Mit einer Petition vom März dieses Jahres bewirkten die Ältesten der Berliner jüdischen Gemeinde die Einsetzung einer behördlichen „Judenreformkommission“. Mit ihrem im Mai 1787 vorgelegten „Pro Memoria“ waren sie es auch, die erstmals einen umfassenden und detailliert begründeten „Abriß von dem politischen Zustande der sämtlichen jüdischen Colonien“ in Preußen gaben. Ihre Forderung auf Teilhabe aller jüdischen Einwohner, unabhängig vom Etablierungsstatus, an den bürgerlichen Rechten, verbunden mit der nach Aufhebung aller exklusiven Lasten und Sonderbesteuerungen, formuliert die entscheidende Position, um die es dann in den folgenden fünfundzwanzig Jahren ging.

In einer Einleitung fasst Schulte den aktuellen Forschungsstand in aller Kürze zusammen. Ein gleichfalls knappes Kapitel ist dann zunächst der Vorgeschichte gewidmet. In ihm wird vor allem der Charakter Preußens als eines Zuwanderungslandes hervorgehoben. Bereits das Aufnahmedikt für die jüdischen Einwanderer von 1671 versuchte, Benachteiligungen und Ressentiments durch vorbeugende

Anweisungen an die provinziellen und städtischen Behörden zu vermeiden. Dennoch kam es in der Folge gerade durch die Gesetzgebung zu krassen rechtlichen Benachteiligungen. Aus der Perspektive einer auf das „Wohl des Gesamtstaates“ gerichteten pragmatischen Beamenschaft musste die hierdurch entstehende Situation, mit der durch sie bedingten permanenten Gefahr von Unruhe und Konflikt, problematisch erscheinen. Hinzu kam als „wirtschaftsliberales“ Moment die Erwartung, zusätzlichen Geldbedarf auch mit Hilfe der Finanzkraft jüdischer Inländer decken zu können. Welchen Hemmnissen diese reformfördernden Motive allerdings ausgesetzt waren, wird durch den Umstand sichtbar, dass noch in der Verfassungsgesetzgebung von 1808 die volle rechtliche und wirtschaftliche Emanzipation der preußischen Juden kein ausdrücklich angestrebtes Ziel darstellte.

Die Ausführungen des Kapitels über „Aspekte zu den Voraussetzungen der Judenreform unter Friedrich Wilhelm II.“ geben für diese spätere Entwicklung eine Art konzeptioneller Grundlegung. Eingehend werden sodann die diversen Reformversuche im Zeitraum von 1787 bis 1792 (dem Jahr des zweiten Reformentwurfes der noch 1787 eingesetzten staatlichen „Commission zur Reform des Judenwesens“) geschildert, einschließlich des genannten „Pro Memoria“. Das „General-Juden-Reglement für Süd- und Neu-Ostpreußen“ vom Mai 1797 steht im Zentrum des Kapitels zu den Initiativen und Gesetzgebungen bis 1808. Die drei anschließenden Abschnitte stellen dann das Edikt von 1812 in den Kontext der rechts- und ideenpolitischen Diskussion seit 1808. Von Bedeutung ist hier in erster Linie ein Reformentwurf des Staatsministers Friedrich Leopold von Schroetter, der die Grundlage des späteren Edikts bildete.

Eine Zusammenfassung sowie ein Anhang mit Dokumenten, Biogrammen, Quellen- und Literaturverzeichnis sowie Personenregister schließen den Band ab. Im Ganzen handelt es sich bei dieser Studie um einen gewiss nicht leicht lesbaren, in seiner urteilsmäßigen Differenziertheit und quellenverarbeitenden Sorgfalt aber für alle weitere Forschung zum Emanzipationsedikt unverzichtbaren Beitrag.

Berlin

Matthias Wolfes